

leiten als wegen seiner ausgesuchten Beziehungen zu den italienischen Überrolen zum französischen Botschafter am Konsul ernannt wurde, hat mit deren Hilfe seither in Italien alles erreicht, was er erreichen wollte, und dort eine Machthaltung erlangt, wie sie niemals ein italienischer Staatsmann noch ein fremder Diplomat innehatte. Auch jetzt bildet der Palazzo Farneze, die französische Botschaft, der Mittelpunkt dieser Kreise und Barrière ist geistiger Hintergrund aller italienischen Demokratien alter Schattierungen und neuen Hauses und Hoffnung gab auf ihren künftigen Wiederauftreten. Der französischen Hilfe gewiss gelang sich die italienische Linke allen Ausnützungsmöglichkeiten Mussolinis unangenehm, beharrte damit die widerständigen Elemente der sozialen Partei, denen die Haltung der Regierung zu tolerant erschien. Schon zeigte der Jubel über den Aufstieg Mussolinis und Berriozos deutlich an, von welcher Seite das andere Italien Hilfe erwartete. Auch das Widerstreitende der britischen Flotte im Mittelmeer — übrigens eins nach dem Ausgang des Weltkrieges selbstverständliche Maßnahme, die schon von den letzten konserватiven Mätern verabschiedet wurde — wurde von der italienischen Opposition als eine Demonstration des demokratischen Auslandes gegen das reaktionäre Italien gesehen und als Agitationsmittel benutzt. Und wieder, wie schon so oft in der jungen Geschichte Italiens, zeigte Barrière ihre Kräfte in der entscheidenden Stunde. Die Matteotisti teilten Italien endgültig in drei Portionen: Mussolini's Italien, die demokratische Linke und die äußerste Rechte, die sich selber erhielt über die Mittelflotte des Diktators. Immer schärfer waren die Regierung wandte. Diese Entwicklung in Italien ist nicht zum einzigen französischen Arbeit. Sie trugen die Parteien von Triest zu Triest, sieben auch heute unter seiner Führung, dieselbe ungeheure Presemacht, die 1914/15

Frankreichs Sieg in Italien ermöglichte, arbeitet auch jetzt für den Sieg des „anderen Italien“. Diese wird dafür auch der 80jährige Barrière nun ziemlich anderen Sieg machen muss. Frankreich wird sein Ziel erreichen, denn Mussolini steht zwischen zwei Feuern und der Ausgang dieses inneren Konflikts, aus dem es ohne Gewaltanwendung für ihn kein Zurück mehr gibt, kann nicht anzufangen sein.

Diesen Kampf konnte Mussolini nur vermeiden, wenn es ihm gelang, die Kräfte im Hinterland, auf die sich seine außenliegenden Verbündeten würden, rechtzeitig zu vereinigen oder unabhängig zu machen. Die faschistische Neutralität hat nicht nur beides versäumt, sondern es auch verstanden, alle ihre Gegner gegen sich zu vereinigen. Der Faschismus kämpft heute gegen die demokratische und sozialdemokratische Linke, die abseits von Frankreich, zum Teil aber auch von der internationalen Sozialdemokratie steht und gegen das italienische Zentrum, das unter der Leitung einer Macht steht, die für Mussolini immer unanerlässlich blieb. Der Faschistenherrschaft wurde dies und hoffte die römische Kurie durch Freundschaft eines Art für sich zu gewinnen. Mussolini wusste aber wissen, daß eine Partei von der Art der italienischen Faschisten der italienischen Politik immer wertvoller sein wird, als die Faschisten in irgendeiner Form und er hätte aus der deutschen Geschichte lernen können, daß es auch Vidmar nicht gelungen ist, die Hilfe der Kurie gegen das Zentrum zu gewinnen, noch dieses dauernd von Rom zu trennen. Damals war man Windhose fallen, jetzt Don Quixote, das Zentrum aber blieb und wird in Italien Mussolini bekämpfen bis zum Ende, seine Rache und sein kontinuierliches Rom. Dies nicht rechtzeitig erkannt zu haben, war einer der Fehler des Diktators, die den Faschismus über kurz oder lang an sich bringen werden.

## Wahlterror und Reichsbanner.

### Eine Mitteilung der Vaterländischen Verbände.

Von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden wird geschildert: Jünger mehr entpuppt sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als eine Fortsetzung der von der Reichsregierung seinerzeit verbotenen Proletarischen Handelschäften. Es tritt in den Versammlungen geschlossen als Terrorgruppe auf. Am Arbeitervorort Romawiese bei Berlin bedrohte das Reichsbanner Donnerstag abend den Abg. Weißler nach fortgesetztem tumult sogar mit Täterschaften. Den Anhängern der vaterländischen Arbeiterschaften, sowie des Reichsbanners und der Schutzbefehl ist es zu verdanken, daß es nicht zu Zusammenstößen gekommen ist. Am Samstag vertrieb das Reichsbanner, die Versammlung durch das Ankommen der „Internationale“ zu sprengen, was aber nicht gelang, denn das Deutschlandlied behauptete mächtig das Feld.

Über die „Heldenaten“ des Proletarischen Hundertschaften des Reichsbanners verbreitet die Reichsbannerleitung direkt gesetzliche Anordnung, § 24 in Nummer 561 des „Vorwärts“. Es wird darin behauptet, daß in einer Versammlung in Nikolaevorstadt von dem südlichen Reichsbannertrupp derart abgefeuert worden wäre, daß er unter dem Hohngelächter der Anwesenden die Versammlung verlassen müsse. In Wahrheit hat die Reichsbanner-Terrorgruppe nach dem Eingreifen der SA-Schutzpolizei den Saal verlassen müssen, und die Versammlung konnte dann unter Führung Weißlers mit Ruhe zu Ende geführt werden. Ferner wird im selben „Gesetzesbericht“ des Reichsbanners behauptet, daß eine deutsch-nationale Versammlung in Potsdam von dem Sprecher des zahlreich anwesenden Reichsbanners direkt angekündigt worden wäre, daß diese deutsch-nationale Versammlung mit einem Hoch auf die Republik und auf Schwarz-Rot-Gold geschlossen wurde. In Wahrheit liegt auch hier nur ein Fall brutalen Terrors vor, ein Niederschreiten und kein Urstimmung.

Auch aus dem Reich mehrere sich die Berichte darüber, daß das Reichsbanner die Proletarischen Hundertschaften umstellt und daß es am 7. Dezember letzten Endes darum geht, ob Schwarz-Rot-Gold oder Rot liegt.

### Der Uebermut des Reichsbanners.

(Zur Kontrolle)

Berlin, 1. Dez. Am Sonntag nachmittags wurde in der Dorfstraße von Wartenberg ein mit lieben Bismarckbündeln besetzter Krümper von etwa 40 Reichsbannertruppen, die sich auf einem Vatertag befinden, überfallen. Die Bismarckbündler wurden mißhandelt und die Freitagsbewohner, die ihre Empörung äußerten, bedroht. Als Polizei kam, lädteten die Angreifer. Die verletzten Bismarckbündler wurden zum nächsten Bahnhofstrakt und dort verbrannten. (W.T.B.)

### Trippe über das junge Deutschland.

(Zur Kontrolle)

München, 30. Nov. Großadmiral v. Trippe führte in einer deutsch-nationalen Wahlversammlung aus: „Gelingt es uns, am 7. Dezember den Novemberwahlentscheidung zu schlagen, so haben wir praktisch einen Schritt voraus gemacht, diese Epoche der schwärz-roten Gelben Verwaltung zu überwinden. Wir brauchen aber auch eine Regierung, die auch nach außen stabil ist. Eine auf internationalem und europäischer Grundlage beruhende Regierung kann nicht stabil sein, weil nur die grundgesetzliche Vertrittung der Allgemeininteressen der Nation eine stabile Basis für die Regierung jedes Staates bilden kann.“

Das junge Deutschland, das ich heranwachsen sehe, hat sich mit den großen Problemen der Menschen- und Völker-

und Staatschicksale von deutschen Perspektionspunkten aus befaßt. Ich denke hier nicht an einzelne Parteien, mit denen vielmehr vor Augen alle die nationalen geistigen Bewegungen und Neuanfangen, die innerhalb der vaterländischen Kreise über die Parteien hinweg eine so starke Regsamkeit in den letzten Jahren entfaltet haben. Heute handelt es sich darum, daß die wertvolle Vorarbeit dieser vielen geistigen, deutschen und nationalen Strömungen und Bewegungen realpolitisch zum Augenblick gesammelt werden und das Vaterland auszumachen, um am 7. Dezember dem undeutlichen roten und internationalen Deutschland vom November 1918, das die beiden Schwarz-Rot-Gold missbraucht hat, wieder das wahhaft deutsche und nationale Deutschland entgegenzustellen, das nach dem 7. Dezember unter der heiligen Flagge Schwarz-Rot-Gold zu einem neuen deutschen Eigenleben emporwachsen soll.“

Weiter sprach auch Prof. Alexander, der bekannte Historiker, der sich das Thema „Trippe“ auseinandersetzt. Wie er erklärt, hatte er es sich erst in den letzten Tagen gewünscht und zwar im Zusammenhang mit der Pressehege, die sich an die Veröffentlichung der Trippe-Dokumente knüpft. Es dränge ihn, zu sagen, was und das Symbol Trippe bedeutet. Trippe, der Schöpfer unserer einzigen Flotte, sei vor und während des Krieges Symbol und Zeichen nationaler Freiheit und nationalen Willens gewesen. Heute sei er und das Symbol des Wiederaufbaues. In dem Großadmiral werde der Schöpfer der Flotte und der Mann verehrt, der tragisch sein Werk hat untergehen leben.

### Eine Erklärung der Liga für Menschenrechte.

Die Liga für Menschenrechte bittet und um Veröffentlichung einer Erklärung an dem in Weimar vertriebenen Flugblatt, aus dem wir am letzten Montag einen Passus veröffentlichten. Die Liga erklärt, daß ihrem Vorstande dieses Flugblatt nicht vorgelegt habe. Es gebe in Weimar keine konstituierte Arbeitsgruppe, sondern nur einzelne Mitglieder. Im übrigen rückt die Liga von dem in diesem Flugblatt enthaltenen Vorwürfe energisch ab, daß die Unteroffiziere und Offiziere während des Krieges die einsachen Soldaten Tag und Nacht bestohlen hätten.

### Stadtverordnetenwahlen in Rostock, Warnemünde und Wismar.

Rostock, 30. Nov. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden von rund 48000 eingetragenen Wählern 43 380 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die Sozialdemokraten 10 338 (voraussichtlich Wladimir 19), auf die Pietervorste 4803 (18), auf die Demokraten 1413 (1), auf die Kommunisten 2006 (5), auf die Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 10 895 (20), auf die Nationalsozialisten 371 (1).

In Warnemünde erhielten die Sozialdemokraten 880 Stimmen (voraussichtlich 2 Siege), auf die Beamtenliste entfielen 571 Stimmen (1), auf die Kommunisten 82 (1), auf die Freimaurer 188 (1), Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 1072 (3).

In Wismar wurden 12 000 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Kommunalwahlverein 3034 Stimmen (gegen 5000 Stimmen im Jahre 1921), auf die Sozialdemokraten 4544 (2867), auf die Kommunisten 1344 (2000), auf den Freien Wirtschaftlichen Wahlverein 1209 (1741), auf die Nationalsozialisten 1065 (im Jahre 1921 nicht aufgestellt). Die Siege verteilten sich wie folgt: Kommunaler Wahlverein 12 (gegen 20 im Jahre 1921), Sozialdemokraten 18 (11), Kommunisten 5 (10), Freier wirtschaftlicher Wahlverein 4 (7), Nationalsozialisten 7 bis 8 (10). Das Ergebnis zwischen den Bürgerlichen und den Linken dürfte mithin bei den heutigen Stadtverordnetenwahl etwa 23 zu 28 (gegen 27 zu 21 im Jahre 1921) sein. (W.T.B.)

## Die ägyptische Regierung unterwirft sich.

### Annahme aller britischen Bedingungen.

London, 1. Dezember. Wie die „Times“ aus Kairo berichtet, hat die ägyptische Regierung auch den Rest der in der britischen Note vom 21. November enthaltenen Bedingungen angenommen. Die entsprechenden Dokumente sind gestern in Kairo ausgekündigt worden. Die britische Belagung der Sollabeburg in Alexandria wird sobald wie möglich zurückgesogen werden. (W.T.B.)

### Einzelheiten über die Kämpfe in Kharium.

Zwei englische Offiziere gesunken.

London, 1. Dez. Offiziell wird heute aus Kairo berichtet, daß bei dem Straßenkampf in Kharium am Dienstagabend zwei britische Offiziere fielen und acht Mann verwundet wurden. Der Vorgang war folgender: Die mit Maschinengewehren bewaffneten Sudanese rückten am Dienstag in der Dunkelheit auf das Gordon-College vor. Eine Abteilung ägyptischer Truppen marschierte den Aufständischen entgegen. Der englische Kommandeur versuchte, die Reiterer zum Geborham zu überreden und sie zu veranlassen, in ihre Paraden zurückzufahren. Die Aufständischen antworteten ihm in arabischer Sprache, daß sie den Sirdar nicht anerkennen. Nachdem der jewige Sirdar, Oberst Hudelson, selbst versucht hatte, die Reiterer in einer Anrede zu beruhigen, trieben die englischen Truppen die Sudanese zurück. Es kam zu einem lebhaften Straßenkampf in völliger Dunkelheit. Die später in einer Lazarettrabatte eingeschlossenen Aufständischen wurden mit Artillerie beschossen, wobei ein Offizier und 14 Mann der Sudanese getötet wurden. Die Lage wird in offiziellen Kreisen als ernst aber nicht kritisch bezeichnet.

### Die Sudanese strecken die Waffen.

(Eigner Bericht der Dresdner Nachrichten)

Khartum, 1. Dez. Nach einer Beschießung des Einsiedlung des Hospitals haben sich die sudanesischen Reiterer ergeben.

Nach einer Meldung des „Daily Express“ aus Khartum sind bei der Revolte der dortigen sudanesischen Truppen sechs Offiziere und elf Männer der britischen und der ägyptischen Truppen getötet, ein Offizier und elf Männer verwundet worden. Die meintenden sudanesischen Truppen haben große Verluste gehabt. Eine beträchtliche Zahl dieser Truppen ist getötet worden. (W.T.B.) \*

Macdonald erklärte in einer Rede in einem Wahlkreis, daß, wenn er in dem Augenblick noch im Amt gewesen wäre, als der Sirdar ermordet wurde, er mit demselben Nachdruck wie die konserватive Regierung alle von englischer Seite aufgestellten Forderungen gegen Ägypten durchgeführt hätte. Er hätte aber allerdings darauf verzichtet, mit diesen Sühneforderungen reale politische Forderungen zu verbinden, und er hätte nach der Erfüllung der Sühneforderungen sofort durch eine großzügige Geste versucht, eine dauernde Lösung der ägyptischen Frage herzustellen. Macdonald machte sich weiter die liberale Forderung zu eigen, daß England vom Völkerbund ein Mandat für die Regierung des Sudans beantragen solle.

London, 1. Dezember. Das neue Parlament tritt morgen zur Wahl des Sprechers zusammen, als welcher Whittles in Aussicht genommen ist. Die feierliche Eröffnung findet morgen in einer Woche statt. (W.T.B.)

### Eberls Beziehungen zum Barmal-Konzern.

Neue Bekanntmachungen aus Bismarck-Aktienkäufen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Paris, 20. November. Nachdem jetzt die Akteure der russischen Geschäftsfreunde Hollmann und Kutschker hinreichend klarheitlich sind, um die Zusammenhänge erkennen zu lassen, vermag man erst zu sehen, welche eine Verfolgerung unserer öffentlichen Verhältnisse durch die nachrevolutionären Herrscher herbeigeführt worden ist. Gestern war amtlicherseits die Nachricht demontiert worden, daß der Schwiegersohn des Reichskanzlers der Attache Dr. Jancke dem ausländischen Barmal-Konzern angehört. Von derselben zuverlässigen Seite wird nun aber heute mitgeteilt, daß

eine Verbindung der Familie des Reichspräsidenten

Ebert mit diesem ausländischen Unternehmen besteht. Reichspräsident Ebert besitzt, nachdem sein zweiter Sohn im Felde gefallen ist, noch zwei Söhne, von denen der älteste Karl Ebert sich gegenwärtig damit beschäftigt, rechtsrechte Wahlversammlungen zu erklären, daß es für sie „Handelsbetrieb“ gibt, während der jüngste Sohn Erich Ebert in der Verwaltung des Barmal-Konzerns beschäftigt ist. Dagegen wäre natürlich gar nichts einzuwenden, wenn nicht der Barmal-Konzern jenes Unternehmen wäre, das der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Mai die sehr groben Geldmittel zur Verfügung stellte, mit denen diese Partei ihrerseits den Wahlkampf führen konnte. Auch diesmal soll der ausländische Konzern der sozialdemokratischen Partei Geldmittel für den Wahlkampf nebstehen haben, wenn dies auch nicht so nachweisbar ist, wie beim letzten Wahlkampf. Weiter soll

eine Unzahl führender Minister der Sozialdemokratie, darunter auch preußische sozialistische Minister, Konten bei den Bankhäusern unterhalten, die der Barmal-Konzern kontrolliert. Unter diesen Ministern soll sich auch der preußische Handelsminister Esterling befinden, dem bekanntlich die Preußische Staatsbank untersteht, die auch an den Barmal-Konzern Kredite gegeben hat in einer Höhe, wie dies bei soliden inländischen Firmen nicht der Fall war. Es wird weiter darauf verwiesen, daß sich das sozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, über die näheren Einzelheiten und die sich daraus ergebenden Zusammenhänge beharrlich ausgeschwiegen habe, was doch darauf schließen lasse, daß er durch kritische Betrachtungen irgendwelche Interessen nicht habe schädigen wollen. Es lassen sich naturgemäß solche Mietteilungen schwer nachprüfen, da ja, wie der Fall der Preußischen Staatsbank zeigt, geräumte Zeit zu vergehen pflegt, ehe man sich dazu bequemt, unlösbare Tatsachen anzuerkennen.

Wie überaus die ganzen Tatsachen sind, das zeigt doch wohl am besten das Beispiel der Preußischen Staatsbank, die selbst zugeben mußte, daß

drei leitende Beamte wegen dieser Tatsache sofort vom Dienst zurückgetreten

Sud. Was ... se ge in den ... elminister Esterling betrifft, daß er einen indirekten Druck auf die Preußische Staatsbank ausgeübt habe, so will ... doch einen, daß Herr Esterling hier allemal unschuldig ist. Man kann wohl auch nicht weit gehen, daß dieser aus dem Schmiedehofe hervorgegangene und lediglich mit Gewerkschaftsbildung verkehrende Minister im Laufe seines Dienstes der Staatsbank gezeigt, daß er durch kritische Betrachtungen derartige Mietteilungen schwer nachprüfen, da ja, wie der Fall der Preußischen Staatsbank zeigt, geräumte Zeit zu vergehen pflegt, ehe man sich dazu bequemt, unlösbare Tatsachen anzuerkennen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Nov. Infolge der Vorkommnisse bei der Preußischen Staatsbank ist von der Verwaltung der Staatsbank bestimmt worden, daß künftig über einen bestimmten Betrag hinaus — vorläufig 30 000 Pf. — Kredite nicht mehr von einzelnen Beamten, sondern nur noch von der Direktion abgeschlossen werden können.

**„Mit mir steht und fällt die Staatsbank.“**

Berlin, 20. Nov. In der heutigen Sitzung des Koch-Ausschusses wurde festgestellt, daß Koch gekauft habe: Mit mir steht und fällt die Staatsbank. Es sind meinwegen große Kredite in Thüringen, die zurückgezogen werden, wenn ich gehe. Koch hat damals ausdrücklich von Auslandskrediten gesprochen. Die Revisoren haben aber später festgestellt, daß keinerlei ausländische Kredite in Thüringen umliegen. Der Finanzminister gab die Erklärung ab, daß die Revisoren von ihm angewiesen worden seien, die Unterbindung ganz objektiv und unparteiisch durchzuführen. Damit bricht die Behauptung der Linken, Koch sei entlassen, weil er durch diese Aussage zusammen. Der über diese Angelegenheit vernommene Zeuge Ministerialrat Baupieler sagt, daß keiner Anhalt nach die Reaktion schon viel früher hätte vorgenommen werden müssen. Schon unter dem ehemaligen Finanzminister Hartmann sei sie nötig gewesen. Es hätten sich damals Sachen herausgestellt, die ungemein schweren seien. Das Finanzministerium hat schon zu Hartmann Seiten die Reaktion gewünscht. Diese sei aber bei dem intimen Verhältnis zwischen Hartmann und Koch nicht für durchführbar gehalten worden.

### Die Weihe der neuen Domglocke in Köln.

Am Sonntag vormittag wurde in Köln unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung die neue Glocke des Kölner Doms eingeweiht. Eingefunden hatten sich zahlreiche Vertreter der preußischen Staatsregierung. Kardinal Schulte vollzog den Weihact und richtete dann eine Ansprache an die unübersehbare Menschenmenge. Er erinnerte an den Abriss der früheren Ritterglocke, die im Jahre des Unheils 1918 dem Dienste des Vaterlandes geopfert wurde. Die Entstehung der neuen Glocke sei ein großes Werk, um dessen Förderung sich viele Persönlichkeiten verdient gemacht hätten. Ihnen allen sagte der Kardinal herzliche Dankesworte und nahm dann die neue St.-Peter-Glocke am deutschen Rhein in Besitz und Eigentum. Zum Abschluß soll zum ersten Male ihre Stimme erklingen.

### Die russischen Antworten an England.

London, 20. Nov. Gestern nachmittags sind, wie bereits berichtet, die Antwortnoten der Sowjetregierung auf die beiden britischen Noten vom 21. November im Foreign Office überreicht worden. In der ersten Note erklärt Radowitsch, die Sowjetregierung bedauert die Ablehnung des Friedens- und Handelsvertrages vom 8. August auf das lebhafte und könne keinerlei Verantwortung für die Unzufriedenheit übernehmen, die der Beifall der britischen Regierung in den beiden Ländern verursachen werde. Die zweite Note weist darauf hin, daß der vom letzten Kabinett mit der Unterzeichnung des Sinowjeff-Vertrages betraute Auskunft schiefgestellt habe, daß weder die Regierung noch irgendwelches der Reiterer das Originaldokument gesehen habe. Die Sowjetregierung sei daher aufs äußerste überrascht, daß diejenige Regierung Großbritannien die unbewiesene und unbestimmte Erklärung abgebe, daß das Dokument echt sei. Die Sowjetregierung könne eine beratige Behauptung nicht annehmen. Sie bedauert, daß die britische Note vom 21. November einer direkten Antwort auf die Frage eines Schiedsgerichtes ausweiche. Weiter wiederholte die Note die Erklärung über die vollen politische und administrative Unabhängigkeit der kommunistischen Internationale von der Sowjetregierung. (W.T.B.)